

**Offener Brief an alle Bremer SPD-Mitglieder
besonders an
die Mitglieder der SPD-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft
die Bremer Mitglieder des SPD-Parteikonvents
die Vorsitzenden der SPD - Unterbezirke Bremen
den Landesvorstand der SPD Bremen
den Bremer SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament**

Was folgt aus den „Roten Linien“ bei TTIP und CETA?

Liebe SPD-Mitglieder,

in großer Sorge wenden wir uns an Euch wegen des Beschlusses des SPD-Konvents vom 20. September 2014 zu den geplanten Abkommen CETA und TTIP.¹ Zwar kritisiert der Beschluss die Gefahren von CETA und TTIP sehr deutlich und benennt „rote Linien“ für Eure Partei, leitet daraus aber lediglich „Erwartungen“ ab. Diese werden das der EU-Kommission erteilte Verhandlungsmandat jedoch nicht abändern. Wenn Ihr es ernst mit den „roten Linien“ meint, kann die Konsequenz aus den Anforderungen des Konvents nur lauten:

Die Verhandlungsmandate zu TTIP und TiSA müssen aufgehoben werden.

Das CETA-Abkommen, das als Blaupause für TTIP gilt, darf nicht abgeschlossen werden.

Zu diesem Schluss kam übrigens auch der DGB Bundeskongress - entgegen anderslautender Behauptungen² - sowie der Vorsitzende der AG Sozialdemokratischer JuristInnen NRW.³

Freihandels- und Investitionsabkommen wie TTIP, CETA, TiSA etc. bedrohen gesellschaftliche Errungenschaften, die demokratische Entscheidungsmacht und das Ziel eines gerechten, solidarischen Welthandels. Doch nach wie vor wird die Debatte in Eurer Partei von den vermeintlichen Chancen dieser Abkommen beherrscht. Wir halten diese Argumente für grob irreführend und falsch:

- ⌚ Die positiven Wachstums- und Beschäftigungseffekte, die für TTIP und CETA als offizielle Begründung dienen, sind gemäß den zugrundeliegenden Studien vernachlässigbar gering.⁴ Im Gegenteil belegt eine Untersuchung der Tufts University (USA), dass sogar mit einem **Wachstumsrückgang** und **weniger** Arbeitsplätzen für die EU zu rechnen ist. Zudem zeigt diese Studie auf, dass die Methoden der bisherig öffentlich diskutierten Studien für handelspolitische Fragen ungeeignet sind, da sie die Dynamik der ökonomischen Anpassungsprozesse nicht berücksichtigen. Die Tufts-Studie kommt unter Verwendung eines geeigneteren Modells zu dem klaren Schluss, dass die Freihandelsabkommen durch erhöhten Importkonkurrenzdruck in der EU den Druck auf Löhne erhöhen und Arbeitsplätze vernichten. Außerdem wird es die wirtschaftliche Integration Europas behindern.⁵
- ⌚ Die Verheißung, mit TTIP könnten sozialere und ökologischere Regeln für die globale Wirtschaft geschaffen werden, ist eine Illusion. Sie widerspricht dem umfassenden Liberalisierungsziel, das im EU-Verhandlungsmandat hervorgehoben wird, dem massiven Einfluss großer Wirtschaftsverbände auf die Verhandlungen und den Erkenntnissen aus bisherigen TTIP-Leaks.⁶

Demgegenüber würden TTIP, CETA und weitere „Abkommen neuen Typs“ breite Teile der Gesellschaft schädigen und einen erheblichen Machtzuwachs für große Konzerne global festschreiben, da sogenannter „Freihandel“ den Standortwettbewerb verschärft und Konzerninteressen als Allgemeininteresse maskiert:

- ⌚ Hart erkämpfte Errungenschaften wie z.B. Verbraucherschutz- und ArbeitnehmerInnenrechte, Lohnniveaus, Umwelt-, Gesundheits- und Sozialauflagen werden zu „Handelshemmnissen“ herabgewürdigt. Damit unterstehen vorhandene Regulierungen der Profitlogik: Sofern sie nicht wegverhandelt werden, setzt sich im Rahmen der „gegenseitigen Anerkennung“ der niedrigere Standard durch oder wird auf anderem Wege erzwungen. Da die USA bisher nur 2 der 8 Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO unterschrieben haben, ist ein erhöhter Druck auf europäische Arbeitsstandards zu erwarten.⁷
- ⌚ Mit dem umstrittenen Investor-Staat-Streitschlichtungsmechanismus privaten Schiedsverfahren (ISDS) können Staaten von großen Konzernen zu empfindlichen Schadensersatzzahlungen gezwungen werden, wenn sie Regulierungen im Interesse des Allgemeinwohls einführen oder überarbeiten wollen.⁸ Die Einführung des ISDS wird übrigens vom Bundesverband der mittelständigen Wirtschaft (BVMW) abgelehnt, da KMU die Schiedsverfahren wegen der hohen Verfahrenskosten praktisch nicht nutzen könnten.⁹
- ⌚ Durch den enormen Liberalisierungs- und Privatisierungsdruck der Abkommen auf öffentliche Dienstleistungen würde die Daseinsvorsorge verschlechtert und die Gestaltungshoheit insbesondere kommunaler Parlamente gefährdet.¹⁰
- ⌚ Besonders in den Ländern des „globalen Südens“ würde TTIP die Armut weiter verstärken. Dies prognostizieren sogar die Studien der TTIP-Befürworter.¹¹
- ⌚ Selbst wenn alle verhandelten Vertragsbestandteile gestrichen würden, die die roten Linien überschreiten, würde die angestrebte „regulatorische Kooperation“ und das „lebende Abkommen“ den Konzernen ein Mitspracherecht bei der Überarbeitung bestehender und der Schaffung zukünftiger Bestimmungen einräumen, noch bevor die Parlamente sich mit den Gesetzesvorhaben beschäftigen.¹² Damit wäre die zukünftige Entwicklung unseren parlamentarisch-demokratischen Institutionen weitgehend entzogen. Diese Abkommen der neuen Art vertragen sich grundsätzlich nicht mit unserem politischen System, weil „Freihandel“ hier die Parallelität der vormals souveränen Gesellschaften erzwingt.

Bitte setzt Euch mit allen Euren zur Verfügung stehenden Mitteln dafür ein, dass diese Verträge nicht weiterverhandelt oder ratifiziert werden! Ein überwältigender Teil der Zivilgesellschaft und eine breite europäische Bewegung kämpfen gegen die drohenden sozialen und ökologischen Zumutungen und den drohenden Demokratieabbau. Setzt Euch mit uns ein für eine gerechte und solidarische Weltwirtschaftspolitik!

Wir würden uns freuen, Euch doch noch im Aktionsbündnis „Bremen bleibt TTIP-frei“ begrüßen zu können.

Mit solidarischen Grüßen
für ATTAC Bremen

Dr. Klaus Berger

Elisabeth Stolle

Joachim Heier

Kontakt : bremen@attac.de / Tel.: 01773304508 / 017687993760

1 Beschluss des fünften SPD-Parteikonvents am 20. September 2014 in Berlin „Unsere Erwartungen an die transatlantischen Freihandelsgespräche“:

https://www.spd.de/scalableImageBlob/123760/data/20140920_parteikonvent_beschluss_ttip-data.pdf

2 Beschluss des DGB Bundeskongresses vom Mai 2014: "... Aufgrund dieser Befürchtungen müssen die bisherigen TTIP-Verhandlungen ausgesetzt werden und eine andere Zielsetzung bekommen. Die Aussetzung soll dazu genutzt werden, einen transparenten Verhandlungsauftrag der Europäischen Union neu zu bestimmen, um damit einen grundsätzlichen neuen Ansatz in der globalen Handelspolitik zu etablieren."

(<http://www.dgb.de/themen/++co++080508c4-08d3-11e4-b547-52540023ef1a>)

Stellungnahme der GEW: "Medienberichten zufolge hätten die Gewerkschaften TTIP zugestimmt. Das ist nicht der Fall. Der GEW-Hauptvorstand hat seine Ablehnung des geplanten Abkommens im März dieses Jahres beschlossen. Der 20. Ordentliche Bundeskongress des DGB hat - auch auf Initiative der GEW - klare Voraussetzungen für den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den USA formuliert und gefordert, die Verhandlungen auszusetzen und völlig neu auszurichten. Das kann aus Sicht der GEW nur heißen: TTIP und CETA müssen jetzt gestoppt werden. Wir appellieren an den am Wochenende stattfindenden SPD-Parteikonvent, der undemokratischen und unsozialen Abkommenspolitik die Rote Karte zu zeigen! Auch im DGB werden wir die Debatte weiter führen." (http://www.gew.de/Stopp_TTiP_Jetzt_erst_recht.html)

3 „Keine Entwarnung bei CETA und TTIP“ von Folke große Peters in: swp 5/2014 (<http://ttip.attac-bremen.eu/index.php?page=andere-prognosen>)

4 Siehe Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Das Märchen vom Wachstums- und Beschäftigungsmotor“:

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10969.pdf>

5 Siehe Studie von Public Citizen „NAFTA's 20-Year Legacy and the Fate of the Trans-Pacific Partnership“:

<http://www.citizen.org/documents/nafta-at-20.pdf> oder auch die Untersuchung von Jeronim Capaldo, Tufts University, „The Transatlantic Trade and Investment Partnership: European Disintegration, Unemployment and Instability“: <http://ase.tufts.edu/gdae/Pubs/wp/14-03CapaldoTTIP.pdf> Deutsche Zusammenfassung unter <http://ttip.attac-bremen.eu/index.php?page=andere-prognosen>

6 Das **EU-Verhandlungsmandat** kann unter <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11103-2013-DCL-1/de/pdf> nachgelesen werden. Den Lobbyeinfluss auf die Verhandlungsführung hat die NGO Corporate Europe Observatory untersucht: <http://corporateeurope.org/de/international-trade/2014/07/ttip-wer-lobbyiert-am-meisten> . Ein Beispiel für TTIP-Lobbying der chemischen Industrie: www.attac.de/news/7798

7 „Ein Fairhandels-Abkommen muss es sein“ – Gastbeitrag in der Frankfurter Rundschau von **Sascha Raabe**, von 2005 bis 2013 entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, seit 2002 Berichterstatter für Welthandel im Entwicklungsausschuss. Er stellt fest, dass die USA bisher nur zwei der acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert haben, Kanada nur sechs, und dass deshalb sowohl TTIP als auch CETA abgelehnt werden müssen: **„Gedeckt wäre solch ein Vorgehen durch den Koalitionsvertrag, in dem ausdrücklich die verbindliche (!) Verankerung der ILO-Kernarbeitsnormen in allen Freihandelsabkommen der EU festgeschrieben steht.“**

<http://www.fr-online.de/meinung/gastbeitrag-ein-fairhandels-abkommen-muss-es-sein,1472602,28660580.html>

8 Siehe EU-Verhandlungsmandat, Investorenschutzkapitel Seite 8-10:

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11103-2013-DCL-1/de/pdf>

Ausländische Investoren sollen vor privaten Schiedsstellen gegen Staaten klagen können, wenn sie ihre Gewinnerwartungen durch Vorschriften der öffentlichen Hand eingeschränkt sehen (Investor-to-State-Dispute-Settlement ISDS). Die Entscheidungen der jeweils drei Privatanwälte sind völkerrechtlich bindend und können entweder die Rücknahme solcher Gesetze zur Folge haben oder Schadenersatzzahlungen in Millionen- bis Milliardenhöhe aus Steuermitteln. Dieser Mechanismus würde dazu führen, dass Parlamente zukünftig eher auf Verbesserungen im Verbraucherschutz, im Sozial- oder Umweltbereich etc. verzichten würden, als die Klage eines Großkonzerns zu riskieren. Zudem würde ISDS nicht nur ausländischen Konzernen ein Instrument in die Hand geben, das heimischen Konzernen nicht zur Verfügung steht, sondern auch große gegenüber mittelständischen Unternehmen übervorteilen (siehe Stellungnahme des Bundesverbandes der mittelständischen Wirtschaft:

http://www.bvmw.de/fileadmin/download/Downloads_allg._Dokumente/politik/Positionspapier_TTIP.pdf)

Da ISDS in CETA enthalten ist, könnten US-Unternehmen schon mit Hilfe von CETA über Tochterunternehmen in Kanada von ISDS Gebrauch machen. Insofern würde ein Herausverhandeln von ISDS aus TTIP – wie von der neuen EU-Kommission angedeutet – keine wesentliche Rolle spielen.

9 **Stellungnahme des Bundesverbandes der mittelständischen Wirtschaft (BVMW):**

Der Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS-Mechanismus) ist in dem geplanten TTIP-Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA überflüssig und strikt abzulehnen. Die geplanten Regelungen benachteiligen die mittelständische Wirtschaft, hebeln die Rechtsstaatlichkeit aus und gehen so zu Lasten der Mitgliedsstaaten der EU. (...) Aufgrund der hohen durchschnittlichen Verfahrenskosten (die OECD geht von 8 Millionen Dollar pro Verfahren aus), können mittelständische Unternehmen den ISDS-Mechanismus in der Praxis nicht nutzen. Der ISDS-Mechanismus begünstigt Großkonzerne, die so geltendes nationales Recht und die staatliche Gerichtsbarkeit umgehen können. Sollte ein entsprechender Mechanismus in der derzeit zur Diskussion stehenden Form in das TTIP-Abkommen integriert werden, würde dies massive negative Folgen für Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und für die mittelständische Wirtschaft nach sich ziehen (...) Es besteht nicht nur die Gefahr der Aushebelung der staatlichen Gerichtsbarkeit, sondern zudem eine mögliche indirekte Beeinflussung der staatlichen Regulierungspolitik.

http://www.bvmw.de/fileadmin/download/Downloads_allg_Dokumente/politik/Positionspapier_TTIP.pdf

10 Siehe dazu **Studie von Thomas Fritz „TTIP vor Ort - Folgen der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft für Bundesländer und Kommunen“**: http://blog.campact.de/wp-content/uploads/2014/09/Campact_TTIP_vor_Ort.pdf oder die Analyse von Ver.di „TTIP und TiSA: Eine neue Runde der Liberalisierungen in der EU-Handelspolitik“: http://ver-und-entsorgung.verdi.de/++file++53be48b96f684408c000000f/download/ver.di%20Info_TISA_TTIP_2014.pdf

11 Siehe dazu etwa **ZEIT vom 15.2.14 „Revanche des Nordens“**: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-02/freihandelszone-eu-usa-schwellenlaender> sowie die Broschüre von Brot für die Welt „Nachhaltige Handelspolitik statt TTIP. Das EU-USA-Freihandelsabkommen birgt Gefahren für den Süden“ https://info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/nachhaltige_handelspolitik_statt_ttipweb.pdf

12 Siehe **Analyse von Corporate Europe Observatory, LobbyControl und Friends of the Earth Europe** „TTIP: covert attacks on democracy and regulation“: <https://www.lobbycontrol.de/2014/09/ttip-regulatorische-kooperation-bei-freihandelsabkommen-gefahrdet-demokratie> oder ZEIT vom 5. Juni 2014 „Ein Freifahrtschein für Lobbyisten“: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-06/ttip-freihandelsabkommen-regulatorische-kooperation-rcc-eu-usa>